

Stellungnahme zu den Kürzungen der Sitzungsgelder für studentische Mitglieder



Das Präsidium der HAW hat die bisherige Ordnung für die Aufwandsentschädigung für Studierende in den Gremien (u.a. Fakultätsrat und Hochschulsenat) durch eine „Verfügung“ ersetzt und den Betrag radikal gekürzt. Bisher ist eine Reduzierung um rund 90% (von 93€ auf 10€ pro Sitzung) beschlossen. In diese Entscheidung wurden studentische Vertreter*innen nicht mit einbezogen. Das ist undemokratisch!

AStA HAW Hamburg
Berliner Tor 11
20099 Hamburg

Tel: 040 / 28 46 456 -70
Fax: 040 / 28 46 456 -90

www.asta.haw-hamburg.de
office@asta.haw-hamburg.de

POSTBANK
IBAN: DE48200100200043987205
BLZ: PBNKDEFF

Kürzungen sind ein Thema, das uns alle beschäftigt. Die Hochschule leidet genauso darunter, wie jede Person, die ihr angehört. Auch am Gesundheitswesen, bei der Mobilität, dem Wohnraum oder an Kunst und Kultur soll gespart werden. Nun zu versuchen, die Finanzierungslücken über die Kürzung der studentischen Aufwandsentschädigungen in den Gremien zu finanzieren, ist der falsche Weg!

Mittlerweile bietet das Präsidium 20€ pro Sitzung, weil einige Gremien sich in die Diskussion mit eingemischt und sich gegen die Kürzung positioniert haben. Doch woher kommen nun die 20€? Als Grund wurde genannt, dass andere Hochschulen in Hamburg noch weniger zahlen würden als die HAW. Doch das kann kein Maßstab sein! Eher spricht das dafür, an anderen Hochschulen die Arbeit der Studierenden mehr zu würdigen!

Die Teilnahme an den demokratischen Gremien ist Aufgabe und festgeschriebenes Recht von Studierenden. Die Aufwandsentschädigung soll allen Studierenden diese Teilnahme an den Gremien sicherstellen. 2017 ergab eine Studie von Uniplaces, dass bundesweit mehr als die Hälfte der Studierenden weniger als 600 Euro im Monat zur Verfügung haben, ein Viertel liegt sogar noch deutlich darunter. Es geht darum, dass eine Teilnahme an Sitzungen für viele sonst einem Job weichen muss und Studierende sich kaum mehr daran beteiligen können, dass die Hochschule zu einem Ort wird, an dem sich jeder entfalten kann und an dem wir alle gemeinsam etwas lernen. Eine Rücknahme der „Verfügung“ ist unabdingbar! 20€ reichen nicht aus. Zumal zusätzlich zur Präsenzzeit in den jeweiligen Gremien, die Vor- und Nachbereitungszeit ebenfalls entsprechend Zeit und Arbeit in Anspruch nimmt. Wie können wir die Kürzungen also sonst verstehen, als dass die Mitarbeit der Studierenden nicht mehr so relevant ist?

Wir haben als Studierende in den letzten Jahren immer Seite an Seite mit den Professor*innen argumentiert, als es um die Reduzierung des Lehrdeputats in der LVVO ging. Wir streiten dafür, dass alle für die Arbeit der Selbstverwaltung bezahlt werden und es für Niemanden zu einer Freizeittätigkeit wird, die nur diejenigen machen können, die es sich leisten können!

Der Hochschulsenat der HAW möge beschließen:

Antrag:

- Der Hochschulsenat der HAW nimmt die „Verfügung“ zurück.
- Der Hochschulsenat beschließt eine monetäre Gleichbehandlung aller Mitgliedergruppen. Der Stundenlohn für eine Professur in den Gremien würde dann für alle gelten – für Studierende, für Technisches-, Bibliotheks- und Verwaltungspersonal, sowie das akademisches Personal.